

Prenumerata roczna wynosi Koron 5·—.
Inseraty umieszcza się wedle stałej taryfy.
Wychodzi 1-go każdego miesiąca.
Redakcya i Administracya: **Kraków, Stradom 23.**
Rękopisów nie zwraca się.
Konto czekowe kasy oszczędności Nr. 66.620.

Pränumerationsgebühr pro Jahr Kronen 5·—.
Inserate laut aufliegendem Tarif.
Erscheint am 1-ten jedes Monats.
Redaction und Administration: **Krakau, Stradom 23.**
Manuscripte werden nicht zurückgegeben.
Postsparcassen-Conto Nr. 66.620.

Nr. 3. Krakau, Sonntag 1. September 1907. I. Jahrgang.

Inhalt: Die rechtliche Stellung des Agenten — Dowód uzdolnienia w handlu — Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes — Zwei Statthaltereierlässe gegen Übelstände bei Abschlüssen von Geschäftsreisenden — Aus der wirtschaftlichen Welt: Lwowski tygodnik kupiecki. Lieferungen für die Nordbahn. Ein Gesetz gegen die Missbräuche bei Geschäftsübertragungen in Ungarn. Komunikat Izby handlowej w Krakowie. — Insolvenzen.

Die rechtliche Stellung des Agenten.

(Fortsetzung)

V.

Die Belohnung für seine Tätigkeit erhält der Agent zumeist in Form der Provision. Wenn nichts anderes verabredet wurde, steht dem Agenten die Provision nur von solchen Geschäften zu, welche er selbst oder sein Vertreter dem Hause zugeführt hat. Es kann aber auch vereinbart werden, dass der Agent auch von allen Geschäften, welche mit den von ihm zugeführten Kunden abgeschlossen werden, oder, welche in einem gewissen Bezirke abgemacht werden (Bezirksagent!) — also auch von directen Geschäften, bei denen der Agent gar nicht tätig war, Provision verlangen kann. — Da aber dieselbe nur im Falle einer ausdrücklichen Vereinbarung dem Agenten zukommt, so liegt es in seinem Interesse, eine schriftliche Abmachung in dieser Hinsicht mit seinem Hause zu treffen, um jeden Zweifel zu beseitigen, da in zweifelhaften Fällen solche Verträge eher zu Gunsten des Hauses als des Agenten ausgelegt zu werden pflegen.

Am häufigsten ist die Frage streitig, ob der Provisionsanspruch des Agenten schon durch die Annahme der Ordres durch das Haus — oder erst nach Eingang des Kaufpreises entsteht. Selbstverständlich kann darüber kein Zweifel sein, wenn eine Abmachung zwischen dem Agenten das eine oder das andere ausdrücklich bestimmt. Denn im Falle einer früheren Verabredung ist dieselbe für beide Parteien bindend, auch wenn dadurch der einen oder anderen Partei ein Schaden entsteht. Wenn aber eine solche Verabredung nicht besteht, so kann in dieser Frage nur der lokale Handelsbrauch entscheiden. Wenn es also zum Prozesse kommt, so soll der Richter durch Sachverständigen-Beweis feststellen, ob in dieser Gegend, in der gleichen Zeit, und in derselben Branche von anderen Häusern den Agenten die Provision schon beim Abschlusse des Geschäftes oder erst nach Eingang des Kaufpreises zugesprochen wird, und denselben Brauch auch im strittigen Falle in Anwendung bringen.

Die Schwierigkeit aber liegt darin, dass eben dieser Handelsgebrauch sehr oft nicht zu erforschen ist, schon aus dem Grunde, weil selten ein einheitlicher Brauch in einer Stadt herrscht, so dass die strittige Frage durch einen Sachverständigenbeweis nicht zu lösen ist

In diesem Falle bleibt nichts übrig, als aus der Natur des Agenturverhältnisses auf die Lösung obiger Frage zu schliessen Das grösste Ansehen besitzt die in dieser Hinsicht die Meinung des Comentatoren Staub. „Das Agenturverhältnis ist ein auf Erzielung eines gemeinsamen Erfolges, nämlich des aus dem Absatze von Waren zu erzielenden Gewinnes gerichtetes Vertragsverhältnis. Der Fabrikant oder Kaufmann will seine Ware absetzen, der Agent will ihnen hiebei helfen durch Vermittlung von Kaufordres; von dem hiebei erzielten Gewinne soll der Agent als Lohn für seine Mühe einen Anteil in Prozenten erhalten." Diese Ansicht führt Staub zur Konclusion, dass die Forderung des Agenten auf Provision existent wird, wenn die Ordre effektuiert u. bezahlt ist, u. dass dem zufolge der Agent seine Provision verliert, wenn der Kaufpreis nicht eingeht oder, wenn die Kaufpreisforderung ohne Schuld des Prinzipals nicht entsteht, selbst wenn die Ursachen der Nichtentstehung der Forderung nicht beim Agenten sondern bei dem Käufer zu suchen sind.

Mag auch obige Auffassung logisch folgerichtig sein, entspricht doch eine so strenge Auslegung des Agentur-Verhältnisses dem Gerechtigkeitsinn und unserem sozialen Empfinden nicht. Es unterliegt doch keinem Zweifel, dass der Agent nichts mehr tun kann, als Abnehmer für die Waare seines Hauses zu werben, und entsprechend den Pflichten eines ordentlichen Kaufmannes über die Creditfähigkeit der Besteller gewissenhaft zu forschen. Diese Arbeit zieht mit sich einen gewissen, manchmal nicht unbedeutenden Kostenaufwand, Zeitverlust und Mühewaltung, die doch im Interesse des Hauses unternommen wurde. Es ist darum unverständlich, warum der Agent, der nebenbei bemerkt gewöhnlich schlechter situiert ist, als sein Haus, einen Schaden erleiden soll, wenn er alles gemacht hat, was zu ihm gehört, u. es ohne seine Schuld zum Bezahlen des Kaufpreises nicht gekommen ist.

Wenigstens damals, wenn die Ordre acceptirt und effectuirt wurde, sollte die Provision des Agenten verdient werden. Denn, dass der Abnehmer den Kaufpreis bezahle, das liegt nicht in der Machtsphäre des Agenten. Der Agent soll nur aus glaubwürdigen Quellen die Erforschung der Kreditfähigkeit der Kunden besorgen und, wenn das Haus noch Zweifel über dieselbe hat, so soll es überhaupt die Ordre nicht acceptiren. Es kann auch nicht ausser Acht gelassen werden, dass das Agentur-Verhältnis auf gegenseitigem Vertrauen beruht u. dass es darum ungerecht wäre, den Agenten bei derartigen Fällen die karge Provision vorzuenthalten, zumal er nicht nur Mühe u. Plage, sondern auch Kosten zu bestreiten hatte.

Collegen, verbreitet unsere Presse!

Unserer Ansicht nach hat der Agent schon beim Anlangen der Ordres bei dem Hause Anspruch auf Provision — jedenfalls aber schon damals, wenn das Haus den Auftrag effectuirte.

VI.

Eine weitere Frage ist, von welchem Betrage der Provisionsanspruch zu berechnen sei. Gewöhnlich vom Nettobetrage d. i. nach Abzug von Dekorts und Retouren; wenn aber einem Agenten die sogenannte Umsatzprovision zugesprochen wird, so muss diese vom Bruttobetrage ohne Berücksichtigung der Abzüge berechnet werden.

Wann der Anspruch auf Provision fällig ist, wann er ausbezahlt werden soll, in welchen Zeiträumen, darüber bestimmt die getroffene Vereinbarung, in zweifelhaften Fällen das Gewohnheitsrecht — kaufmännische Usancen.

Zur Durchführung seiner Ansprüche dienen dem Agenten die Rechte auf Erteilung von Auszügen oder Bilanzen und Vorlegung von Büchern, und wenn die Höhe der Provision von der Menge der bezogenen Waren abhängt, so kann nach Meinung vieler Juristen der Agent auch vom Prinzipal die eidliche Angabe über die Menge der bezogenen Waren fordern.

VII.

Oft kommt es auch vor, dass die Belohnung des Agenten nicht in Provision, sondern in einer Tantiéme, das ist in einem bestimmten Teile des Reingewinnes besteht, wobei häufig eine Mindesteinnahme garantiert wird. In diesem Falle kann der Agent zur Durchführung und Berechnung seiner Ansprüche von seinem Hause die Vorlegung der Jahresbilanz verlangen und muss ihm behufs Prüfung derselben Einsicht in die Bücher, Papiere und Inventuren gestattet werden.

Zuletzt noch ein Paar Worte über die Dauer des Agenturvertrages.

Das Agenturverhältnis wird gelöst:

1) Durch den Tod des Agenten;
2) durch den Ablauf der vereinbarten Zeit;
3) aus anderen Gründen, wenn sie ausdrücklich vereinbart wurden;
4) auch bei fest verabredeten Dauer des Agenturvertrages kann aus wichtigen, den Rücktritt berechtigenden Gründen eine Partei auch vorzeitig vom Vertrage zurücktreten, so z. B. wegen einer schweren Beleidigung, bei Eröffnung des Concurses über das Vermögen des Agenten oder des Prinzipals, wegen Untreue des Agenten, wegen Erteilung falscher Provisionsauszüge seitens des Prinzipals u. s. w.;
5) wenn der Vertrag auf unbestimmte Zeit geschlossen ist, respektive über die Dauer desselben garnicht verabredet wurde, so kann jede Partei jederzeits von dem Verhältnisse zurücktreten, selbstverständlich muss der anderen Partei eine den Verhältnissen entsprechende Frist zum Endtermine erteilt werden. Über die Länge des Kündigungstermines ist die Judicatur nicht einig; es liegt daher im Interesse beider Parteien beim Vertragsabschlusse genau die Kündigungsfrist zu bestimmen.

Dr. S. F.

Dowód uzdolnienia w handlu.

Dnia 16. sierpnia 1907 weszła w życie nowela przemysłowa z 5. II. 1907. Z dniem tym obowiązują przepisy uzupełniające zmieniające dawne ustawy przemysłowei Tylko §§ 104b, 104c, 104d i 104e o nauce i egzaminie na czeladnika w rzemiośle wejdą w życie dopiero 16. lutego 1908 r. a ponadto ustępem V. art. III ustawy wprowadczej postanowiono, że minister handlu jest upoważniony oznaczyć, z którym dniem rozpocznie się moc wykonawcza §§ 13a i 38 ust. 3—6 o dowodzie uzdolnienia w handlu. Rozporządzeniem ministerstwa handlu z 30. VII. br. wprowadzono dowód uzdolnienia w Czerniowcach z dniem 16. VII. 07. Aż do tego czasu więc w Galicyi i Bukowinie z wyjątkiem Czerniowiec dowodu uzdolnienia w handlu, jak dotąd, nie potrzeba.

Żadna ustawa nie znalazła może tak gorliwych pracowników — jak nowela przemysłowa. W pocie czoło, wśród upałów letnich pracowała komisya przemysłowa i posłowie z wielkiem zaparciem siebie poświęcali czas odpoczynku letniego na debaty nad nową ustawą przemysłową.

Ta gorliwość i skład członków komisyi, jej referenci, świadczyli najlepiej o tem, że chodziło tu o dzieło natury politycznej, że pewne stronnictwa kuły broń dla swoich zwolenników.

Kto zna stosunki polityczne w Austryi, — ten wie, jakie pobudki autorami noweli przemysłowej kierowały, — my kwestyi tej jako przekraczającej nasze ramy na tem miejscu nie rozbieramy.

Ogółem jako cel noweli przemysłowej podawano: podniesienie małego handlu i drobnego rzemiosła. I być może, że po części cel ten osiągnięty będzie, ale środki zmierzające do urzeczywistnienia tego celu są tak niezgodne z duchem czasu i tak średniowieczne, że dziwić się należy, że podobnie wsteczna ustawa nie licząca się z rozwojem stosunków ekonomicznych, mogła zostać w Austryi uchwalona.

Do podniesienia średniego stanu zdąża bowiem ustawa dwiema drogami: po pierwsze przez zaprowadzenie dowodu uzdolnienia w handlu, po drugie przez przymusowe związki kupieckie.

Jednem słowem środki zaczerpnięte z archiwum średniowiecznego, mające na celu ograniczyć ilość zatrudnionych w handlu i w rzemiośle i wytworzyć rodzaj średniowiecznych „cechów“ narzucających ludności ceny i gatunek towaru.

Środki te są o tyle niepraktyczne, że z jednej strony wprawdzie kupcom i rzemieślnikom przyniosłyby chwilową pomoc przez wyższe ceny, ale z drugiej strony zarazem ta zwyżka cen pociąga za sobą nie tylko zwyżką ogólną cen, ale także zmniejszenie się popytu, co znów pociąga za sobą mały zbyt i mały czysty zysk

Jeśli bowiem n. p. piekarze, kupcy ubrań i kapelusznicy przez dowód uzdolnienia po części uchronieni przed konkurencyą, ujęci cechy, stowarz. przymusowe itd podniosą ceny swych towarów, to podniosą ceny też handlarze innych artykułów, bo drożyzna, działa zaraźliwie z natury rzeczy z mocy praw ekonomicznych, a przy ogólnej drożyźnie biedny robotnik, rzemieślnik, urzędnik itd. za te same pieniądze kupi mniej, niż przy niższych cenach — i ostatecznie na tem tracą kupcy i fabrykanci, bo mało sprzedają; robotnicy, urzędnicy cierpią także, że nie mogą zaspokoić swych potrzeb, a nadto robotnicy także dlatego, że przy małym zbycie, mało się produkuje, więc mało jest sposobności do pracy. Nie więc oto chodzi, aby ceny były wyższe, ale owszem jak najniższe, bo wtedy dużo się sprzedaje, co wychodzi na korzyść wszystkich, bo każde ożywienie się ruchu handlowego najlepiej świadczy o większem zapotrzebowaniu, zarobku—a więc podniesieniu się poziomu gospodarczego.

Nic zaś bardziej nie działa w kierunku znizenia cen, jak właśnie wolna konkurencya, a nic tak bardzo jej nie hamuje, i przeciwnie przyczynia się do zwyżek w cenach, jak cechy, ograniczenia w zarobkowaniu, przymusowe stowarzyszenia, bo wtedy jak tego dowodzi tyloletnie doświadczenie — mimowoli wyrabia się przekonanie, że wyższy zysk zależny jest tylko od wyższych cen — i stąd ciągła dążność do coraz to nowego podwyższania cen towarów, która najczęściej kończy się krachem.

Jak więc widzimy środki, które wyprowadza nowela przemysłowa, nie są tego rodzaju, by je z pożytkiem dla ogółu zastosować można było i by one rzeczywiscie trwale przyczyniały się do podniesienia średniego stanu.

Nic więc dziwnego, że wolność procederu znajduje tylu zwolenników i że za wolnością tą przemawia ta część społeczeństwa, która w uczciwej konkurencyi widzi źródło dobrobytu, która nie chce nikomu tamować drogi do zajęcia się handlem, bo wychodzi z założenia, że dowód uzdolnienia złoży niekoniecznie ten, który odbędzie pięć lat praktyki, ale ten, kto na prawdę ma wrodzone zdolności i zamiłowaniem do swego zawodu, sumiennością, pracowitością i uczciwością podnosi handel w kraju. — I przyznać trzeba, że zwolennicy dowodu uzdolnienia przeceniają jego wartość. Sądzą, że przez wprowadzenie dowodu uzdolnienia już usuwa się najciemniejsze strony obecnego stanu, że znikną różne „szachrajstwa, oszustwa“ a przedewszystkiem nieuczciwe bankructwa, i w imię usunięcia tego zła żąda pewna część kupiectwa, aby każdy złożył poprzednio „dowód uzdolnienia“. Otóż zapatrywanie to jest na wskróś mylne. Żaden dowód uzdolnienia nie zapobiegnie temu, że do stanu kupieckiego wejdą indywidua, które nieuczciwością swego postępowania przynoszą ujmę kupiectwa. Czyż kupiec, który odbył 5 lat praktyki, daje nam już przez to gwarancyę, że nie będzie „kupcem fuszerzem“, że godność stanu potrafi zachować, że nieuczciwem bankructwem nie wyrządzi moralnej i materyalnej krzywdy reszcie kupiectwa? Dowód uzdolnienia daje nam w najlepszym razie gwarancyę, że kupiec będzie posiadał nieco fachowych wiadomości, że będzie znał gatunki, jakość i cenę towaru, że może zapozna się z konjunkturą handlową, ale nie mamy gwarancyi, że przez to stanie się już pożytecznym obywatelem kraju, że będzie postępował w myśl uczciwych zasad kupieckich.

Dlatego przeciw tego rodzaju „nieuczciwej konkurencyi“ — szarlateneryi itp. trzeba się bronić nie „dowodem uzdolnienia“ ale represyą karną, obostrzeniem i wprowadzeniem tego rodzaju przepisów, które wprost przeciw szkodnikom kupiectwa ostrze się zwracają.

Argumenta więc, które część kupiectwa galicyjskiego w obronie dowodu uzdolnienia podnosi — nie mogą nam trafić do przekonania. Raczej należałoby w celu usunięcia braków przez zwolenników dowodu uzdolnienia podanych — żądać zmiany ustawy konkursowej przez rozciągnięcie obowiązku

protokołowania firm na wszystkich kupców, żądać ścisłego przestrzegania przepisów tejże ustawy, sumiennego śledztwa w wypadkach lekkomyślnej krydy i oszukańczego bankructwa jakoteż surowego ukarania winowajców, rozciągnięcia ściślejszej kontroli nad miarami, wagami, jakością towaru itd. — a w końcu należałoby domagać się ustawy przeciw nieuczciwej konkurencyi. Taka akcya spotkałaby się z ogólnem uznaniem i przyniosłaby większą korzyść kupiectwu niż problematyczny „dowód uzdolnienia“.

Można wprawdzie mimo wszystko być zwolenikiem „dowodu uzdolnienia“, ale tylko jako środka do podniesienia fachowego uzdolnienia pewnych warstw kupieckich.

Nie da się bowiem zaprzeczyć, że dowód uzdolnienia daje nam gwarancyę, że każdy kupiec będzie posiadał pewne minimum wiadomości, że wymóg dowodu uzdolnienia podniesie niechybnie z czasem poziom intellektualny kupiectwa. I z tego punktu widzenia wychodząc dowód uzdolnienia jest postulatem zdrowym, ale z temi ograniczeniami:

1) należy wprzód zbadać, czy warunki danego kraju pozwalają na wprowadzenie tego rodzaju ograniczeń,
2) czy istnieje odpowiednia ilość szkół, w których nabycie odpowiedniego wykształcenia byłoby umożliwione.

W pierwszej kwestyi chodzi o rozstrzygnięcia pytania, jaki jest poziom oświaty i dobrobytu w danym kraju. W kraju analfabetów i nędzy żądanie, aby każdy, kto chce być kupcem wykazał, że był conajmniej 5 lat zatrudniony w danym fachu — byłoby dla kraju zabójczem, bo wymóg ten uniemożliwiłby całemu szeregowi jednostek wejście do zawodu kupieckiego, zwłaszcza, gdyby nagle dowód uzdolnienia wprowadzono, gdyż społeczeństwo biedne i o nizkiej oświacie nie potrafi ciężaru „dowodu uzdolnienia“ znieść.

W drugiej kwestyi szkoły handlowe odgrywają decydującą rolę, gdyż wprawdzie naukę w rozumieniu ustawy można odbyć w handlu samym przyzna jednak każdy, że nabycie teoretycznych wiadomości jest możliwem tylko w szkole. O kwestyi tej jakoteż o stanowisku jakie w tej sprawie zajmujemy odnośnie do wprowadzenia dowodu uzdolnienia w Galicyi — pomówimy w numerze następnym.

Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes.

1) Schadenersatzpflicht des Prinzipals gegen den Handlungsgehilfen wegen eines ungünstigen Vormerks in dem Dienstzeugnisse.

2) Zuständigkeitsgrenze der Versicherungsaufsichtsbehörden und der Gerichte: Zuständigkeit der letzteren in der nach Aufhebung des Dienstverhältnisses sich ergebenden Streitigkeit zwischen Prinzipal und Angestellten wegen des Beitrages zur Krankenkasse.

3) Kein Regressanspruch des Arbeitgebers an den Angestellten wegen der ihm infolge unterlassener Anmeldung des letzteren zur Krankenkasse erst nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses auferlegten Kassenbeiträge.

(E. v. 8/III 1905 Z. 2617)

Ein durch 10 Jahre angestellter Handlungsreisender trat am 8 Mai 1904 nach vorausgegangener einmonatlicher Kündiguug aus dem Dienste und erhielt vom Dienstgeber ein Zeugnis mit folgendem Passus: „Der Austritt erfolgte nur aus dem Grunde, weil in den letzten Jahren sein Reisen für mich unrentabel geworden ist“. Seinem Verlangen nach Weglassung dieses Beisatzes kam dieser erst am 6 Juni 1904 auf Intervention des Handelsgremiums nach. Die sohin beim Gewerbegerichte überreichte Klage auf Schadenersatz wurde vom GewG. mit Berufung auf § 5. d. des Ges. vom 27 Nov. 1896 (R. 218) u. § 73. der Gewerbeordnung rechtskräftig abgewiesen. Der Handlungsreisende verlangte nun beim ordentlichen Gerichte mittels Klage vom Prinzipal die Zahlung von 160 K. als Schadenersatz, indem er behauptete, dass er infolge obigen Zusatzes im Zeugnisse erst am 1. Juli 1904 einen Dienstposten fand, ferner die Zahlung von 295 K. 73 hl. aus einem hier nicht im Betracht kommenden Titel. Der Beklagte wendete gegen den ersten Anspruch ein, dass das Zeugnis nichts erhalte, was gegen die Person des Kl. gerichtet wäre, und machte weiter die Kompensation von 291 K. 86 Hl. geltend, mit der Behauptung, dass, nachdem infolge eines Irrtums die Anmeldung des Kl. bei der Gremialkrankenkasse unterblieben war, diese Kasse ihm nachträglich an Krankenkassenbeiträgen für die ganze Zeit, welche Kl. bei ihm in Dienstenstand, 437 K. 25 h. vorgeschrieben und von ihm am 6 Juli 1904 einkassiert habe, und dass hievon der obige Betrag vom Kl. als auf ihm entfallend zu bestreiten sei.

Das Prozessgericht I. Instanz sprach dem Kl. 160 K., dann von den weiter beanspruchten 295 K. 73 h. einen Teil von 35 K. 13 h. zu, u. wies das Klagebegehren hinsichtlich des Mehrbetrages von 260 K. 60 h. sowie den vom Bekl. geltend gemachten Kompensationsanspruch ab. Zu diesem Ausspruche gelangte es in Betreff des Schadenersatzes von 160 K. und des Gegenanspruches des Bekl. mit der Begründung, dass aus dem Dienstzeugnisse hervorgeht, Bekl. sei mit den Diensten des Kl. nicht zufrieden gewesen; dass nach dem §§ 80 d und 81 Gew. das Zeugnis nur soweit auszustellen ist, als es für den Hilfarbeiter günstig lautet; dass Bekl., da er eine gesetzlich unzulässige Anmerkung in das Zeugnis aufnahm und durch einen Monat die Richtigstellung verweigerte, gemäss §. 1293 B. G. B. dem Kl. den hieraus erwachsenen Schaden zu ersetzen hat, welcher in dem Betrage eines Monatsgehaltes besteht, weil Kl. mit Rücksicht auf den Inhalt des Zeugnisses durch einen Monat gehindert war, sich um eine Stelle als Handlungreisender zu bewerben; dass endlich die Kompensationseinwendung wegen Incompetenz des Gerichtes nicht zu berücksichtigen ist, da nach § 41. des Ges. vom 30 März 1888 (R 33) Streitigkeiten zwischen den Arbeitgebern und den von Ihnen beschäftigten Personen über die Berechnung und Zurückhaltung der auf die letzteren entfallenden Beitragsanteile zur Krankenkasse von der Aufsichtsbehörde zu entscheiden sind.

Über die Berufung des Bekl. wurde das Klagebegehren zur Gänze abgewiesen, weil Bekl. zwar mit Unrecht den beanständeten Passus in das Zeugnis aufnahm, weil aber durch Ausstellung dieses Zeugnisses dem Kl. die Möglichkeit, sich mit Erfolg um einen Posten zu bewerben, nicht benommen war, da er sich zugestandenermassen um einem Posten gar nicht bewarb u. Bekl. nur dann schadenersatzpflichtig wäre, wenn Kl. bewiesen hätte, dass er sich um einen Posten beworben habe, und einen solchen mangels eines korrekten Zeugnisses nicht erhalten konnte, weil übrigens Kl. auch ohne Zeugnis sich um eine Stelle bewerben und das Zeugnis nachtragen konnte, weil also der klägerische Anspruch auf Ersatz von 160 K. unbegründet erscheint; weil ferner, belangend die aufrechnungsweise geltend gemachte Gegenforderung des Bekl. der vom 1 Richter herangezone § 41 des Ges. vom 30 März 1888 (R 33) hier nicht anwendbar ist, da sich dieser Paragraph auf die Fälle der §§ 36 und 32 desselben Gesetzes bezieht; weil es sich vorliegend nicht um die Berechnung der Beitragsanteile während des Arbeitsverhältnisses, sondern um den Ersatz der Krankenkassebeiträge, welche erst nachträglich infolge der unterlassenen Anmeldung vorgeschrieben wurden, somit um einen Ersatz nach § 1042 BGB handelt; weil das GewG rechtskräftig seine Inkompetenz ausgesprochen hat (§ 24 GewG), weil mithin die Einrede der Unzuständigkeit des Gerichtes abgewiesen u. mit Rücksicht darauf, dass die Bezahlung des auf den Kl. entfallenden Beitragsanteils von 291 K. 68 h. durch den Bekl. vom Kl. nicht bestritten wird, letzterer daher gemäss § 1042 BGB ersterem gegenüber ersatzpflichtig ist — die genannte Gegenforderung des Bekl. mit dem dem Kl. weiter zuerkannten Forderung von 35 K. 13 h. bis zur Höhe dieser Forderung kompensiert und sonach auch dieser Anspruch des Kl. abgewiesen werden musste.

Der OGH. erkannte im Sinne des ertsr. U. Gründe; Die auf den Revisionsgrund des § 503 ZPO. gestützte Revision ist, anlangend zunächst den vom 1. R. in der Höhe des Monatsgehaltes von 160 K. zuerkannten Schadenersatz, begründet. Das BerG anerkennt mit Recht, dass Bekl. den fraglichen Zusatz in das Zeugnis aufnehmen durfte und jedenfalls auf Verlangen sofort ein gesetzentsprechendes Zeugnis ausstellen musste, widrigenfalls er die Folgen seines Verhaltens zu tragen hatte. Wenn nun aber das BerG. vermeint, es mangle im vorliegenden Falle am Kausalzusammenhange zwischen der Handlungsweise des Bekl. u. dem Schaden des Kl. weil dem Kl. durch die Ausstellung des fraglichen Zeugnisses die Möglichkeit, sich mit Erfolg um einen Posten zu bewerben, nicht benommen worden sei, so muss dem entgegengehalten werden, dass einerseits dem Kl. nicht zugemutet werden kann, behufs einer von vornherein aussichtslosen Bewerbung ein seine Fähigkeiten zweifellos sehr ungünstig beurteilendes Zeugnis, auf Grund dessen ein Engagement ausgeschlossen ist, bei Bewerbung um einen Dienstposten vorzuweisen und dadurch sich selbst seinen Ruf u. seine Bewerbungschancen zu schädigen, u. dass anderseits bei der bedeutenden Konkurenz in diesen Branchen eine Anstellung eines Reisenden, der sich hinsichtlich eines Zeitraumes von 10 Jahren mit keinerlei Zeugnissen auszuweisen vermag, wie die wiederholte Aufforderung des Handelsgremiums an Bekl. zur ordnungsmässigen Zeugniserteilung dartut, nicht erfolgt, dies um so weniger, als das Engagieren von Hilfsarbeiten

 **Collegen, werbet neue Mitglieder!** 

ohne Zeugnis den Gewerbeinhaber nach § 79 (2) GewO sogar strafbar macht. Das Verhalten des Bekl. hatte demnach tatsächlich die Unvermögenheit des Kl. sich während des fraglichen Monates um seine Stellung zu bewerben, daher eine solche zu erhalten und entsprechenden Gehalt ins Verdienen zu bringen, zur Folge. Es war sonach bei Vorliegen des kauzalen Zusammenhanges zwischen der Handlungsweise des Beklagten und dem Schaden, der in richtiger Erwägung der Umstände vom ersten Gerichte mit 160 K. ausgemmessen worden ist, der Revision stattzugeben und das erstr. U. in diesem Punkte zu bestätigen. Gleiches gilt aber auch hinsichtlich des vom erstem Gerichte abgewiesenen vom BerG. zuerkannten, aufrechnungsweise eingewendeten Gegenanspruchs des Beklagten an für den Kl. bei der Gremialkrankenkasse gezahlten Gebühren im Betrage von 291 K. 68 h., betreffs welches Punktes die Revision die Revisionsgründe des § 503 ZPO mit Rücksicht auf die Kompetenzfrage u. durch deutliche Hinweisung den Revisionsgrund des § 5034 in der Sache selbst geltend macht. Denn obwohl das 1 Gericht absolute Unzuständigkeit mit Unrecht angenommen hat, weil die in dem § 41 des Ges. vom 30 März 1888 (R 33) und im § 14 der Statuten der fraglichen Gremialkrankenkasse statuierte Kompetenz der Aufsichtsbehörde für Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern der Krankenkasse u. den Arbeitsgebern den Bestand des Arbeitsverhältnisses zur Voraussetzung hat — was hier nicht zutrifft — und, weil mit Rücksicht auf die in der Eigenschaft des Kl. als Reisenden begründete rechtskräftige Verweisung der fraglichen Angelegenheit an das ordentliche Gericht seitens des GewG die Kompetenz des ProzG zur En scheidung über den eingewendeten Anspruch gemäss § 24 des GewG nicht zweifelhaft sein kann, so war das bezügliche Begehren des Beklagten dennoch aus materiellen Gründen abzuweisen.

Denn der zweite Absatz des § 36 des Ges. vom 30 1888 (R 33) bestimmt, dass der Arbeitgeber, wenn er von den ihm betreffs der Versicherungsbeiträge nach dem ersten Absatze des zit. Paragraphen zustehenden Abzugsrechte bei der Lohn—oder Gehaltszahlung keinen Gebrauch macht, dieses Recht nur noch innerhalb eines Monates nach der betreffender Lohn—oder Gehaltszahlung ausüben dürfe. Erwägt man nun, dass der Zweck des sozialpolitischen Erwägungen seine Entstehung verdankenden Gesetzes wie aus dem Vorlage-Berichte der Regierung, aus den Berichten des Gewerbe-ausschusses, der auch die fragliche Bestimmung des § 36 hinzugefügt hat, aus den Beratungen in den Vertretungskörpern und schliesslich aus dem Gesetze selbst klar hervorgeht, darin zu erblicken ist, durch periodische Leistungen kleiner Beträge einen eventuell nötig werdenden bedeutendern Kapitalsaufwand zu decken, mit anderen Worten, mit der Sicherung von Vermögenswerten doch zugleich den Einkommenstand des kapitalschwachen Versicherten möglichst zu schonen, dass somit Ziel derartigen Versicherungen im Sinne des Gesetzes die Abwehr einer die Lebensweise beeinträchtigen den Einkommensminderung ist, so führt diese Erwägung zu dem Schlusse, dass der Arbeitgeber nach Verlauf der einmonatlichen Frist unter allen Umständen des Regresses gegen den Arbeitnehmer verlustig wird, gleichgültig, ob letzterer noch in seinen Diensten steht und der Arbeitgeber daher noch Gelegenheit hat, von seinem Abzugsrechte Gebrauch zu machen, oder, ob dies nicht der Fall ist. In beiden Fällen ist nach Ablauf der Frist nicht nur die Möglichkeit des Abzuges, sondern auch überhaupt die Geltendmachung des Anspruches präkludiert, und es hiesse die offenbare Tendenz des Gesetzes gänzlich aus dem Auge lassen, wollte man dem überdies noch strafbarerweise seine Versicherungspflicht vernachlässigenden Arbeitgeber das Recht auf Regress betreffs einer ganzen Summe bereits verfallener Versicherungsbeiträge zugestehen. Der Kompensationsanspruch war daher nich wegen Inkompetenz, wohl aber aus materiellen Gründen abzuweisen. Daher verbleibt es auch bei der erstr. Zuerkennung des vom BerG nur wegen Absorption durch den als bestehend angenommenen Gegenanspruch abgewiesenen Betrags von 35 K. 13 h. weshalb das erstr. U. zur Gänze wieder herzustellen war.

Die Praxis des Ob. Gerichtshofes
Sammlung: **Jolles Geller.**

Zwei Statthaltereierlässe gegen Übelstände bei Abschlüssen von Geschäftsreisenden.

Kürzlich hat die Statthalterei in Niederösterr. an die ihr unterstehenden Behörden einen Erlass gerichtet, in welchem darauf hingewiesen wird, dass in letzter Zeit die Klagen über ein unreelles Vorgehen von Handlungsreisenden stark zugenommen haben. Insbesondere sollen die Handlungsreisenden die sich meistenfalls aus bäuerlichen Landwirten, Krämern und kleinen, abseits vom regen Verkehre etablierten Geschäftsleuten rekrut erende Kundschaft durch listige Überredungsart und einer zuweit gehenden Anpreisung der Waare oft zu einer das Mass des Bedarfes weit übersteigenden Bestellung veranlast haben. Der Erlass weist darauf hin, dass häufig die Unwissenheit, Unaufmerksamkeit des Kunden dazu benützt wird, um ihm auf verschiedenerlei Weise ein grösseres Quantum der Ware, als es die Absicht des Kunden war zu kaufen, aufzudrängen. Auch werden häufig die nach den Angaben oder Proben des Reisenden, guten u. preiswürdigen Waren in schlechter oder gänzlich unbrauchbarer Beschaffenheit geliefert. Der Erlass beauftragt nun die politischen Behörden erster Instanz die Bevölkerung auf ein derartiges unreelles Vorgehen von Handlungsreisendenden aufmerksam zu machen, die Klagen der Bevölkerung entgegen zu nehmen, und im Falle unreeller Gebarung mit grösster Strenge gegen die Schuldigen strafweise vorzugehen, eventuell auch das Strafgericht in Kenntnis des Falles zu setzen.

Dieser Erlass, wenn auch seinem Inhalte nach zu billigen ist, wurde aber in eine solche allgemeine Form gekleidet, als ob die darin enthaltenen Vorwürfe nicht auf einzelne Individuen, sondern auf den ganzen Reisendenstand sich beziehen sollten.

Selbstverständlich hat das unsere Collegen richtig aufgeregt und hat auch die Vereinsleitung des Wiener-Vereines Reisender Kaufleute Österreichs-Ungarn's in obiger Angelegenheit an die niederösterreichische Statthalterei einen Protest eingereicht, worin u. a. folgendes angeführt wird: „Die hohe k. k. niederösterreichische Statthalterei hat an die ihr unterstehenden Behörden einen Erlass gerichtet, der den Zweck verfolgt, auf das betrügerische oder inkorrekte Gebaren von Individuen, die sich fälschlich als Handlungsreisende bezeichnen, aufmerksam zu machen.

Soweit es sich in diesem Erlasse darum handelt, Auswüchse und Entartungen, w i e s i e j e d e r S t a n d u n d B e r u f a u f z u w e i s e n h a t, zu bekämpfen, so kann der Verein Reisender Kaufleute Oesterreich-Ungarn diese Tendenz nur mit Genugtuung begrüssen, denn der gleichen Kampf führt der Verein zum Schutze seiner Mitglieder und des Ansehens der gesamten Kaufmannschaft schon seit seinem Bestande".

Der Verein nimmt aber Stellung „gegen die Form, in welcher die hohe k. k. Statthalterei den angestrebten und erstrebenswerten Zweck zu erreichen trachtet".

„Die in dem Erlasse erhobenen Anschuldigungen gegen Handelsreisende sind stellenweise so allgemein gehalten, dass der Erlass der Bosheit oder der Unvernunft mancherlei Handhabe bietet, um dem reellen Kaufmanne Chikanen und Erschwernisse aufzuerlegen.

Insbesondere muss vom Vereine feierlich dagegen Verwahrung eingelegt werden, dass der Erlass die Bemerkung enthält, dass die gekennzeichnete u. mit Recht beanständete unreelle Art bei Geschäftsschlüssen ein „typisches Bild" ergibt".

Der Verein ersucht also eine aufklärende Kundgebung darüber, gegen welche Kategorie von Reisenden sich dieser Erlass richtet.

Dieser Erlass der niederösterreichischer Statthalterei gewinnt aber noch mehr an Bedeutung, wenn wir auf zwei Momente hinweisen. Erstens, dass der Erlass sich auf die Verordnung des k. k. Handelsministeriums vom 20. Juni 1907 Z. 3067 beruft, und zweitens, dass einige Tage später nach der Veröffentlichung des Erlasses in Niederösterreich d e r s e l b e E r l a s s a u c h v o n d e r S t a t t h a l t e r e i i n B ö h m e n p u b l i z i e r t w u r d e. Daraus erfahren wir, dass die Sache keine lokale ist, dass sie vom Handelsministerium inspiriert wurde und dass wir da mit e i n e r p l a n m ä s s i g e n A c t i o n z u t u n h a b e n. Überall sollten darum die Handlungsreisenden Stellung dagegen nehmen u. dahin wirken, dass die Erlässe der Stalthaltereien wenigstens in der jetzigen Form widerrufen werden.

Das wichtigste an dieser Sache ist die Massregel, die die Bezirkshauptleute treffen sollen, um dem Übel entgegenzutreten: Es heisst dort „Die Bezirkshauptmannschaft wird beauftragt, d i e L e g i t i m a t i o n e n der Handlungsreisenden r e g e l m ä s s i g, jedoch in einer dieser reellen Geschäftsinteressen nicht hinderlichen Weise, einer s o r g s a m e n P r ü f u n g z u u n t e r z i e h e n". Das schmeckt schon nach einer polizeilichen Revision, und da fängt der übliche Chikanenweg der administrativen Behörden an. Die Prüfung der Legitimationen wird höchstwahrscheindlich noch einen zweiten und dritten Akt nach sich ziehen.

Diese „r e g e l m ä s s i g e" Prüfung wird in eine gewöhnliche dauernde Polizeiaufsicht ausarten. Wir werden auf solcher Weise in den Augen der Bevölkerung — die nicht sehr subtil die Ursachen erforscht — als gewöhnliche Verbrecher gebrandmarkt. Alle Handlungsreisenden in Pausch in Bogen unter einer „r e g e l m ä s s i g e n" und „s o r g s a m e n" Kontrolle der k. k. Bezirkshauptmannschaft! Ruft das nicht in jedem eine Vermutung wach, dass alle Reisende Schwindler und Betrüger sind! Das soll ein Mittel zur Hebung des Handels sein! Misstrauen zu uns bei der Bevölkerung zu erwecken, uns als etwas minderwertiges, das ständiger Kontrolle unterwerfen sein muss, zu bezeichnen! Das soll der Lohn für die anstrengende Arbeit der 99% ehrlich und reell ums tägliche Brot kämpfenden Reisender sein! Daher müssen die Reisenden stark gegen diesen Angriff auf unsere Standesehre protestieren.

Energisch sind die Prager Genossen gegen diesen „Ukas" aufgetreten. In einem längeren Artikel kämpft unser Bruder-Organ „Prager Reisenden-Zeitung" mit dem Erlasse u. bemerkt, dass es weder in Deutschland noch in England solche rückständige Beschränkungen gibt.

Auch „Bohemia" u. „Prager Tagblatt" veröffentlichten längere Artikel, verfasst von Mitglieder des Prager Vereines u. am 7. August sprach eine dreigliedrige Deputation des Vorstandes bei der k. k. Statthalterei vor, und überreichte ein Memorandum dem Herrn Statthalterei Vicepräsidenten Dörfl.

„Zu ihrer nicht geringen Bestürzung" — so lautet das Memorandum — müssten die Geschäftsreisenden erfahren, dass die hohe k. k. Statthalterei es für zweckmässig erachtete, die politischen Behörden und d i e d e n s e l b e n u n t e r g e o r d n e t e n O r g a n e gegen einen g a n z e n Stand deshalb zu mobilisieren, weil einzelne Individuen im einzelnen Fällen sich unreelles Gebaren zu Schulden kommen liessen.

„Es gibt keinen Stand, welcher nicht im Laufe der Zeit Auswüchse gezeitigt hätte und in welchen sich nicht Individuen eingeschlichen hätten, welche dem Stande zur Unehre gereichen." „Und doch

wird es niemand wagen, den ganzen Richter- und Beamtenstand, den ganzen Anwaltstand, den ganzen Offizierstand für diese einzelnen Verfehlungen verantwortlich zu machen, oder gar den ganzen Stand quasi unter Polizeiaufsicht zu stellen. Wir können und dürfen es uns nicht gefallen lassen, in der Öffentlichkeit als ein Stand gebrandmarkt zu werden, gegen den besondere Verkehrungen getroffen werden müssen, gegen den die bestehenden Gesetze nicht ausreichen.“ „Niemals aber kann und darf die Angst vor vereinzelten Schädigungen der sozialen Kreise, deren Schutz der fragliche Erlass offenbar im Auge hat, so weit gehen, das ein heute — sagen wir es direkt und mit Stolz — unentbehrlicher Faktor des Handels und der Industrie in seiner Tätigkeit durch kleinliche Mittel gehemmt werde“.

Wir werden diese Angelegenheit nicht aus dem Auge lassen, denn es ist zu auffallend, warum das Ministerium gerade gegen die Reisende so scharf auftrat.

Aus der wirtschaftlichen Welt.

Nowe pismo. W połowie sierpnia ukazało się nowe pismo kupieckie pt. „Tygodnik kupiecki“ wychodzący we Lwowie. Będzie to oficyalny organ lwowskiego stowarzyszenia kupców.

Konstatujemy z radością, że świat handlowy w Galicyi zaczyna się ruszać. W przeciągu roku pojawiło się już trzecie pismo handlowe („Kupiec polski“ „Podróżujący kupiec“ i „Tygodnik kup.“)— obok mniejszych pism — poświęconych przemysłowi i rękodziełu (n. p. „Dzwignia“ „Przemysłowiec“). Sądząc po początkowych numerach „Tygodnik kupiecki“ zajmuje nader sympatyczne nam stanowisko. Nowemu pismu życzymy więc powodzenia na drodze szerzenia zasad, które przyczynić się mogą do rozwoju handlu w duchu nowoczesnym.

Lieferungen für die Nordbahn. Der Zentralfabriksverband in Galizien (Centralny związek fabryczny) reichte aus Anlass der Verstaatlichung der Nordbahn an das Eisenbahnministerium ein Memorandum ein, worin ersucht wurde, dass bei den Lieferungen für die Nordbahn die galizische Industrie im höheren Masse als bis nun, berücksichtigt werde.

In Erledigung dieses Memorandums verständigte das Eisenbahnministerium den Zentralverband, dass es bei der Direktion der Nordbahn erwirkte, dass dieselbe wie nur möglich ihren Bedarf für Galizien bei inländischen Industriellen und Unternehmern decken soll, und dass sie die galizische Industrie u. deren Weiterentwickelung unterstützen soll. Gleichzeitig wurde verordnet, dass die Ausschreibung der Lieferungen für die Nordbahn auch in der amtl. Lemberger Zeitung (Gazeta Lwowska) veröffentlicht werde.

Ein Gesetz gegen die Missbräuche bei Geschäftsübertragungen in Ungarn. An anderer Stelle erwähnen wir, wie es nötig ist gegen verschiedene Missbräuche im Handelsleben zu kämpfen. Der grösste Missbrauch wird leider allzu oft von gewissenslosen Kaufleuten durch die fraudalosen Geschäftsübertragungen begangen. Eine solche Geschäftsübertragung auf die Verwandten des Kaufmannes gehört zu den täglichen „Überraschungen“ sämmtlicher Gläubiger, die auf einmal die Deckung für ihre Forderung verlieren. In Österreich besteht seit dem J. 1884 das Anfechtungsgesetz, das sich aber in der Praxis zur Rettung der Forderungen der Gläubiger unzulänglich erwies.

Darum wird schon seit längerer Zeit in den kaufmännischen Kreisen der Wunsch erhoben, auf gesetzlichem Wege gegen unreelle Geschäftsübertragungen aufzutreten. Die ungarische Regierung hat nun dem Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf vorgelegt, laut welchem dem Gläubiger das Recht eingeräumt werden soll, auch gegen dem Übernehmer des Geschäftes für alle Geschäftsschulden — und im Falle, wenn die Übertragung an die Gattin oder an die im Entwurf namhaft gemachten Verwandten erfolgt — für sämmtliche Schulden klagbar aufzutreten, die dem Übernehmer bei der Geschäftsübernahme bekannt waren, oder doch bekannt sein müssten.

Es wäre an der Zeit, dass der österreichische Handelsstand auch für die Einführung eines solchen Gesetzes in ihrem eigenen Interesse den Kampf aufnehme.

Izba handlowa w Krakowie przysyła nam następujący komunikat. W myśl układu zawartego między rządem a Towarzystwem żeglugi Lloyd austryacki, przysługuje kupcom podróżującym prawo do 25% zniżki cen jazdy na liniach Lloydu.

Karty te wydaje dyrekcya Lloydu w Tryeście na podstawie legitymacyi, wystawionej przez Izbę handlową i przemysłową lub też przez władzę polityczną I. instancyi. Wraz z podaniem przekładać mają ubiegający się o zniżkę fotografię w formacie wizytowym.

Bliższych informacyi w tej sprawie zasięgnąć można w Izbie handlowej i przemysłowej w Krakowie.

Insolvenzen.

Drohobycz: Leonore Strudler, Modewarenhändlerin. **Husiatyn:** Leo Pompan, Modewarenhändler. **Jaroslau:** Chane Regenbogen, Schnittwarenhändlerin. **Kolomea:** Josef Gabryel Wieselberg, Kaufmann. **Krosno:** Moses Dominitz, Manufacturwarenhändler. **Mikulińce** Moses Helreich, Kaufmann. **Neusandez:** Braunfeld & Rubin, Besenfabrikanten. **Rzeszów:** Hirsch Strizower, Escompteur. **Sanok:** Anna Baum, Galanterie & Schreibrequisitengeschäft. **Stanislau:** Moritz Zahler, Schneiderzugehörehändler. **Tarnów:** Abraham Regenbogen, Manufacturwarengeschäft. **Tarnopol:** Wolf Segal, Schuhe- und Hutgeschäft. Anna Butterklee, Manufacturwarengeschäft. **Wadowice** Sam. Schönherz, Confectionär.

Personalnachrichten

Unser Mitglied Herr SAMUEL KATZ vermählte sich am 28. v. M. mit Fräulein REGINE TANNENBAUM aus Bołszowce.

Für den Inseratenteil nimmt die Redaction keine Verantwortung.



Dom towarowy
SCHACHNE LANDAU
w Krakowie, Stradom L. 15

Bogaty wybór wszelkich towarów bławatnych, materyi wełnianych, jedwabnych, chodników i dywanów.

Ceny stałe.

PRZEMYŚL

HOTEL EUROPE
vis á vis dem Bahnhofe

Ganz neu mit grösstem Comfort eingerichtet, mässige Preise, 5% Rabatt für den Witwen & Waisenfond, mich den Geschäftsreisenden aufs beste empfehlend, zeichne

hochachtungsvoll

HERMAN GORLITZ
Hotelier.

Suczawa

HOTEL BOGEN

Haus I. Ranges, neu eingerichtet, für die Herren Reisenden bestgelegen. Elegante fremdenzimmer zu mässigen Preisen. Anerkannt vorzügliche Küche und Keller. Den P. T. Vereinsmitgliedern 5% Rabatt auf Grund des Reisendencouponsystems.

Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst.

Der Hotelier.

COHN & LIEBESKIND
Krakau, Stradom Nr. 13

Engros-Lager

in Wirk,- Nürnberger,- u. Galanteriewaaren, Schuhe, Galoschen, Cravatten, Herren-u. Damenwäsche.

Confection, Kinder-Anzüge, Schürzen & Röcke.

LEON GESTRING
FRISEUR

KRAKAU, Dietelsgasse 41

(neben dem WAARENHAUSE der firma ABRAHAM LINDENBAUM) empfiehlt seinen bekannten und hygienisch eingerichteten

FRISEUR-SALON

den P. T. Geschäftsreisenden und Handelsangestellten.

Aufmerksame und rasche Bedienung.

Hühneraugen und Nägel werden im **Extra-Cabinet sorgfältig und sicher** operirt

---

PIERWSZA KRAJOWA FABRYKA KOŁDER WATOWANYCH
POD FIRMĄ

SALOMONA RITTERMANA SYNOWIE

W KRAKOWIE UL. DIETLA 41.

wyrabia KOŁDRY MASZYNĄ lub RĘCZNIE WEDŁUG ŻYCZENIA,

PRÓBKI MATERYAŁÓW JEDWABIU LUB WEŁNY NA KOŁDRY, WYSYŁA SIĘ NA ŻYCZENIE ODWROTNĄ POCZTĄ FRANKO

CENY FABRYCZNE.

M. GALITZER

SKŁAD MATERYAŁÓW

optycznych, chirurgicznych i eletrotechnicznych.

Specyalne bandaże Rupturowe,

OPASKI, BINDY BRZUSZNE dla MĘŻCZYZN, KOBIET i DZIECI,

POŃCZOCHY GUMOWE,

oraz

okulary z kryształowemi szkłami podług recepty

Kraków, ul. Dietlowska 41.

Dla P. T. podróżujących kupców rabat.

NEU-SANDEZ

GRAND HOTEL.

Hotel I Ranges, neu eröffnet, im Centrum der Stadt gelegen, 20 luftige lichte Zimmer, schöner Speisesaal, mässige Preise, den Herren Geschäftsreisenden & Kaufleuten empfiehlt sich bestens

Hochachtend

Natan Weiss.

FIXE PREISE.



P. T.

Ich gestatte mir das geehrte P. T. Publicum aufmerksam zu machen, dass ich zu jeder Saison mit reich assortirtem Lager in HERREN, KNABEN und KINDERHÜTEN feinster Fabrikate des In- u. Auslandes versehen bin. Den P. T. Herren Reisenden gewähre ich 5% Rabatt.

Um zahlreichen Zuspruch bittet ergebenst

A. Kleinberger
Krakau, Stradom 18.

FIXE PREISE. FIXE PREISE. FIXE PREISE.

Erste und älteste Krakauer

כשר

SELCHWAREN-FABRIK
mit Dampfbetrieb

Gegründet im Jahre 1872

Hirsch Gronner's Sohn
BERNARD GRONNER

KRAKAU

Niederlage: Krakauerg. 17. · Fabrik: św. Katarzyna 4

Telephon Nr. 782.

Provinz-Aufträge werden promptest und sorgfältigst effectuirt.



DOM TOWAROWY.

J. Buchner w Krakowie

przy ulicy Stradom 23 we własnym domu

poleca swój hurtowny i częściowy skład wszelkich towarów bławatnych i materyi jedwabnych oraz dywanów, chodników i firanek.

Krakau.

Hotel Metropol.

32 elegant eingerichtete Fremdenzimmer. Vorzügliche Küche. Pilsner Bier direkt vom Fass.

Im Sommer Gartenrestaurant.

S. Kubie, Hotelier.

S. EILBAUM
KRAKÓW
SŁAWKOWSKA
L. 31.

Sprzedaż hurtowna i częściowa.

poleca swój skład farb olejnych i pokostniczych, lakierów powozowych firmy Noblessa et Haare w Londynie

Lakiery podłogowe i masy francuskiej do zapuszczania podłóg, firmy Dra Pawła Engländera w Wiedniu

Wielki wybór

PĘDZLI MALARSKICH wszelkiego gatunku, BRONZU do pozłacania, jakoteż wszelkie artykuły w zakres ten wchodzące·

DRUKARNIA JÓZEFA PLESSNERA i Ski W PODGÓRZU NADWIŚLAŃSKA 4